

„Kampf um eigenes Recht —  
Sache Deines Gewissens,  
Kampf um das Recht des anderen —  
Pflicht gegenüber der Menschheit.“

(RUDOLF v. IHERING)

# И О Н И С С

Информационный орган немцев из Советского Союза

4

«Φ»

1985

IONISS

IONISS

Информационный орган немцев из Советского Союза (ИОНИСС) ставит себе целью ежемесячно распространять информации о событиях, связанных с движением проживающих в СССР немцев за сохранение своего национального достоинства, за выезд на свою историческую Родину и о людях, участвующих в этом движении, а также о произволе, чинимом КГБ и МВД над людьми за их стремления и высказывания о существующем положении немцев в СССР.

Чтобы ИОНИСС сделать по возможности разносторонним в него, кроме вопросов о преследованиях немцев в СССР, выезда из Советского Союза и их интеграции в ФРГ войдут и вопросы, волнующие его читателей.

## Свободный выезд немцев

Несмотря на то, что отношение между Германией и Советским Союзом нормализовалось выезд же немцев из СССР осложнился и катастрофически спал.

Можно сказать, что 100 000 зарегистрированных вызовов в Красном Кресте ФРГ, это 100000 отказов в СССР.

Среди них:

Янецкие из г. Алма-Ата  
Мюлеры - Иссык  
Роде - Иссык  
Кунсфадеры - Киршенай  
Кунсфадеры - Орджаникидзе  
Диль - Нарткала  
Цандар - Раздельная  
Шефер - Лиманск  
Кремер - Белые-Воды  
Девивье - Тордабани  
Бонн - Фрунзе  
Егле - Фергана  
Вржец - Алма-Ата  
Гавриленко - Херсон  
Фелкер - Шауляй  
Вальт - Тирасполь  
Корт - Иссык  
Брауэр - Иссык  
Гамермайстер - Иссык  
Миллер - Жирновск  
Клинк - Иссык-4  
Горн - Токмак  
Никель - Фрунзе



*Von V. Schäfer  
vorgeschlagen a la von  
W. Schmidt nicht veröffentlicht.*

# Jetzt drohen neue Repressalien

Der Rußlanddeutsche Rausch aus psychiatrischer Haftanstalt freigelassen / Kommt es zu einem Gerichtsverfahren?

Moskau/Frankfurt. Der 23jährige Rußlanddeutsche Johannes Rausch aus Kurgan-Tjube/Tadschikistan ist jetzt aus dem Moskauer Serbskij-Institut für Gerichtspsychiatrie freigelassen worden. Er konnte inzwischen zu seiner Familie nach Tadschikistan zurückkehren. Dies erfuhr die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Frankfurt aus der Sowjetunion.

Ob es zu einem Gerichtsverfahren gegen Rausch kommt, gegen den unverändert eine im Oktober 1984 erhobene Klage gemäß Art. 249a und 259 StGB/Rfsr anhängig ist, sei völlig unklar, erklärte die Menschenrechtsorganisation.

Johannes Rausch ist Sohn einer rußlanddeutschen Familie, die sich seit 13 Jahren vergeblich um die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland bemüht. Bereits von 1981 bis 1983 verbüßte Rausch deswegen eine Haftstrafe. Im Mai 1984 wurde er ein erstes Mal in einer psychiatrischen Haftanstalt zwangsinterniert. Die Einweisung im November 1984 war nach IGfM-Angaben seine zweite Internierung in der Psychiatrie aus politischen Gründen. Zuvor war Rausch im Oktober 1984 verhaftet und angeklagt worden („Umgehung des Militärdienstes durch Selbstverstümmelung“ bzw. „Verletzung militärischer Geheimnisse“), nachdem er während seines Militärdienstes vom siebten Stock eines Hochhauses gestürzt war und sich schwer verletzt hatte. Im Falle einer Verurteilung droht Rausch eine

Höchststrafe von bis zu siebzehn Jahren Freiheitsentzug.

Im Mai steht die Einberufung eines Bruders von Johannes Rausch, Helmut Rausch (18), zum Militärdienst hervor. Sollte seiner Familie die Ausreise bis dahin nicht genehmigt worden sein, ist zu befürchten, daß auch gegen Helmut Rausch ähnliche Repressalien angewandt werden könnten wie gegen seinen Bruder.

SZ 20.04.85

## Simjanin: Wir werden das so behandeln, wie Bonn es verdient

Der ZK-Sekretär droht und lockt / Auftritt vor den Bonner Journalisten

ckn. BONN, 19. April. ZK-Sekretär Simjanin, Leiter der Delegation des Obersten Sowjets, die seit Dienstag die Bundesrepublik besucht, hat nach den Gesprächen in Bonn die Eile kritisiert, mit der führende „bundesdeutsche Kreise“ ihre Bereitschaft bekundeten zur Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bei der Entwicklung des Programms zur Weltraumrüstung. Diese Eile habe Erstaunen und Besorgnis hervorgerufen. Vor Journalisten nannte Simjanin es unverständlich, daß manche nicht sehen wollten, daß die Militarisierung des Weltraums auch für den europäischen Kontinent Konsequenzen habe. Der Frage, welche Folgen eine Zustimmung der Bundesregierung zu der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) für die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben werde, wick der ZK-Sekretär aus mit der Antwort: „Wir werden das so behandeln, wie Bonn es wegen der Teilnahme verdient.“

Auf die Frage, ob in diesem Fall mit einer Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen, einer verstärkten Propagandakampagne gegen die Bundesrepublik oder einer Absage der Einladung des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow in die Bundesrepublik zu rechnen sei, meinte Simjanin abschwächend, kaum habe er einige objektive Worte gesagt und schon sehe er, wie die Phantasie arbeite. Eine deutsche Teilnahme an dem SDI-Programm werde ihre Bedeutung haben für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Doch dies sei bei weitem kein Grund, alle möglichen phantastischen Überlegungen anzustellen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wie Simjanin sagte, bekräftigte er noch einmal, daß die Delegation in einer „Mission des guten Willens“ in die Bundesrepublik gekommen sei.

Der sowjetische ZK-Sekretär nutzte den Auftritt in der Bonner Bundespressekonzferenz, um noch einmal die sowjetischen Warnungen vor einer Übertragung des Wettrüstens in den Weltraum zu wiederholen. Eine Militarisierung des Weltraums, sagte er, würde nicht nur zum Abbruch des Prozesses der Einschränkung der nuklearen Rüstung führen, sondern zugleich zum Katalysator des Wettrüstens in allen Richtungen werden.

## Geringe Aussichten auf Erfolg

(emb) Mehrere rußlanddeutsche Familien fanden sich vergangenen Samstag vor dem Botschaftsgebäude der Sowjetunion in der Waldstraße zusammen. Mit Transparenten machten sie auf ihr Schicksal aufmerksam. Allen geht es darum, ihre Angehörigen im Wege der Familienzusammenführung nach Deutschland kommen zu lassen. Die unzähligen Anträge ihrer Verwandten in Rußland unterstützen sie durch Petitionen, Briefe an Politiker, verschiedene Landesregierungen und die Bundesregierung. Nach ihren Angaben blieben die zahlreichen Bemühungen bisher allerdings ohne jeden Erfolg. Es bleibt ihnen nur der fernmündliche und schriftliche Kontakt zu ihren Angehörigen. Die Aussichten auf ein Wiedersehen in der Bundesrepublik sind jedoch weiterhin gering, geht doch die Anzahl der Ausreisegenehmigungen seit 1978 ständig zurück.

## 1984: Weniger Aussiedler aus dem Ostblock

München (dpa) - Insgesamt 36 500 deutschstämmige Aussiedler sind 1984 aus osteuropäischen Staaten in die Bundesrepublik gekommen. Damit sind seit Beginn der Aussiedlung vor knapp 35 Jahren rund 1,26 Millionen Menschen aus den Staaten des Ostblocks in das Bundesgebiet übersiedelt. Dies berichtete der bayerische Sozialminister Franz Neubauer gestern in München.

Trotz der 16 555 deutschen Aussiedler aus Rumänien - über 1 000 mehr als im Vorjahr - sind nach Angaben von Neubauer 1984 insgesamt 1 425 weniger Deutsche aus dem Ostblock eingetroffen. Die Zahl der Antragsteller aus dem polnischen Machtbereich sei um 8,4 Prozent auf 17 500 zurückgegangen. Aus dem sowjetischen Machtbereich hätten 911 Menschen - 37 Prozent weniger als im Vorjahr - aussiedeln können, aus der Tschechoslowakei 958 (minus 18,5 Prozent).

## Nur 39 Aussiedler aus der UdSSR

Moskau. Die UdSSR hat im Januar dieses Jahres nur 39 deutschstämmigen Sowjetbürgern die Ausreise erlaubt. Diese gestern von der Bonner Botschaft in Moskau veröffentlichte Zahl ist eine der niedrigsten für einen Monat. Im vergangenen Jahr hatten im Monatsdurchschnitt 72 Rußlanddeutsche aus der Sowjetunion ausreisen dürfen.

Behutsamkeit in der Öffentlichkeit kennzeichnete den Umgang zwischen der Bundesregierung und den Gästen aus der Sowjetunion. Regierungssprecher Boenisch meinte zu den Äußerungen Simjanins, man müsse differenzieren. Die Sowjets hätten davon gesprochen, daß die Verwirklichung der amerikanischen Weltraumpläne zum Abbruch der Verhandlungen führen könnten. Eine solche Gefahr werde ja nicht allein von der Sowjetunion gesehen. Deshalb trete die Bundesregierung so nachdrücklich dafür ein, daß sich alle Beteiligten um eine Lösung bemühen. Simjanin wiederum wollte sich vor den Journalisten nicht zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag äußern, der die sowjetische Delegation am Vortage bei ihrem Besuch des Parlaments zugehört hatte.

Die Delegation, die einer Einladung des Deutschen Bundestages gefolgt ist, war in Bonn auch von Außenminister Genscher und Bundestagspräsident Jenninger empfangen worden und mit Bundesratspräsident Späth, den Fraktionsvorsitzenden und den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses zusammengetroffen. Am Freitag reisten die Gäste nach Mainz weiter.

Zu Fragen nach sowjetischen Forschungen im Weltraum meinte Simjanin, darauf habe er mehrmals geantwortet und seine Antworten seien in der „Prawda“ bestätigt worden. Man solle den Artikel im sowjetischen Parteiorgan nachlesen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Sowjets, Samjatin, ergänzte, solche Behauptungen entsprächen, was den militärischen Bereich angehe, nicht der Wirklichkeit. Bei den wissenschaftlichen Arbeiten im Weltraum halte die Sowjetunion sich an den ABM-Vertrag aus dem Jahre 1972, der Forschungen für Frühwarnsysteme, Navigation und Kommunikation erlaube. Die Sowjetunion habe nie territoriale Antiraketenverteidigung entwickelt. In Genf werde über kosmische, strategische und Mittelstrecken-Waffen gesprochen. Falls das kosmische Programm der Amerikaner vollzogen werde, könne dies dazu führen, daß die Sowjetunion ihrerseits die strategische Rüstung nicht werde reduzieren können.